

Ressort: Finanzen

Bericht: Kassen droht durch Flüchtlinge Milliardendefizit

Berlin, 17.02.2016, 01:00 Uhr

GDN - Ohne eine Anhebung des Steuerzuschusses droht den gesetzlichen Krankenkassen wegen des Zustroms von Flüchtlingen offenbar ein Milliardendefizit. Laut eines Berichts der "Frankfurter Rundschau" wird bereits in diesem Jahr eine Lücke von mehreren Hundert Millionen Euro entstehen, weil der Bund für Flüchtlinge und andere Hartz-IV-Empfänger viel zu geringe Krankenkassenbeiträge überweist.

2017 werde das Loch dann schon auf über eine Milliarde Euro anwachsen. Bleibe Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bei seiner strikten Haltung, müssten die gesetzlich Versicherten die Defizite über höhere Zusatzbeiträge ausgleichen. Flüchtlinge werden in Bezug auf die Sozialsysteme nach einer Wartezeit von 15 Monaten normalen Arbeitnehmern gleichgestellt. Wenn sie keinen Job haben, haben sie Anspruch auf Arbeitslosengeld II (Hartz-IV), schreibt die Zeitung weiter. Sie erhielten zudem die vollen Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung, die Beiträge an die jeweilige Kasse zahle der Bund. Die Höhe der vom Bund übernommenen Beiträge sei aber nicht ansatzweise kostendeckend. Derzeit zahlt der Bund für jeden Hartz-IV-Empfänger rund 90 Euro im Monat. Zwar fehlen noch verlässliche Zahlen, wie hoch die von Flüchtlingen verursachten Gesundheitskosten tatsächlich sind. Es gebe allerdings erste Erfahrungswerte aus Hamburg, die von Kosten in Höhe von 180 bis 200 Euro im Monat ausgehen, berichtet die FR. Die monatliche Lücke zwischen Beitrag und tatsächlichen Kosten für die Krankenversicherung betrage unterm Strich um die 100 Euro im Monat oder etwa 1.200 Euro im Jahr. Pro Hunderttausend Flüchtlinge entstehe so in der gesetzlichen Krankenversicherung ein Defizit von 120 Millionen Euro im Jahr. Gehe man davon aus, dass spätestens im Verlauf des Jahres 2017 eine Million Flüchtlinge die Wartezeit von 15 Monaten überschritten haben, dann wächse das Loch auf über eine Milliarde Euro. Die vom Bund überwiesenen 90 Euro seien selbst für "normale" Hartz-Empfänger nicht kostendeckend. Bis Ende 2015 zahlte der Bund für jeden Hartz-IV-Empfänger 146 Euro im Monat. Mit diesem Betrag waren allerdings auch die Familienmitglieder abgedeckt. Da das Verfahren vor allem wegen der Familienversicherung zu kompliziert war, wurde es zu Beginn des Jahres umgestellt. Seitdem zahlt der Bund für jedes einzelne Familienmitglied den abgesenkten Betrag von 90 Euro. Die Hoffnung, dass die Umstellung für die Krankenversicherung kostenneutral ist, hat sich allerdings nicht erfüllt: Laut "Frankfurter Rundschau" verlieren die Kassen so gegenüber der alten Regelung mindestens 120 Millionen Euro im Jahr, Tendenz steigend. Die Kassen müssten also auch ohne die Zuwanderung ein wachsendes Defizit verkraften. Die Flüchtlinge verschärften die Situation noch weiter. Um die Löcher zu stopfen, müsse Schäuble den Steuerzuschuss für die gesetzliche Krankenversicherung deutlich erhöhen. Derzeit überweist er 14 Milliarden Euro im Jahr, 2017 sind bisher 14,5 Milliarden Euro eingeplant.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-67987/bericht-kassen-droht-durch-fluechtlinge-milliardendefizit.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.

3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com